



„Es braucht mehr Druck“

25 Jahre AFI: Wie das Institut den kleinen Leuten eine Stimme gegeben hat und für mehr **Gerechtigkeit** und ein leistbares Leben kämpft.

Stefan
Perini

SEITEN 8-9



Tageszeitung: Herr Perini, das AFI ist zu einer wichtigen Einrichtung geworden, wenn es um Daten und Fakten über soziale Ungerechtigkeit, Lohngefälle und die Stimmung der Arbeitnehmer geht. Wie würde Südtirol ohne das AFI dastehen?

Stefan Perini: Unser Anspruch ist es, in Südtirol jenen eine Stimme zu geben, deren Sichtweise sonst untergehen würde. Die über 200.000 Arbeitnehmer sind eine wichtige Bevölkerungsschicht und stellen immerhin rund 75 Prozent der Erwerbsbevölkerung. Deshalb ist es wichtig, die Belange der Arbeitnehmerseite sichtbar zu machen – oder generell die Belange und Probleme jener, die nicht zu den oberen zehn Prozent gehören. Das AFI ist eine Besonderheit in Italien. Es war in den 90er-Jahren eine große Errungenschaft seitens des SVP-Arbeitnehmerflügels und der Gewerkschaften, diese Einrichtung ins Leben zu rufen. Ohne AFI wäre das Risiko wirklich groß, dass Themen, die die breite Bevölkerungsschicht betreffen – wie Einkommen, Wohnen, Lebenshaltungskosten, Arbeitsbedingungen –, nicht gebührend sichtbar gemacht würden.

Man hat tatsächlich manchmal das Gefühl, dass nur das AFI auf eine ungerechte Verteilung der Einkommen und auf die hohen Lebenshaltungskosten aufmerksam macht und öffentlich Lohn erhöhungen fordert. Braucht es mehr Druck der Gewerkschaften und von Arbeitnehmer-Politikern?

Es braucht auf jeden Fall mehr Druck seitens der Gewerkschaften zu diesen Themen. Und zwar nicht nur zum Vorteil der Arbeitnehmer, sondern in letzter Zeit auch zum Vorteil der Arbeitgeber. Denn im Zuge des Fachkräftemangels müsste es im Interesse der Arbeitgeber selbst sein, die Löhne anzuhoben, um am Markt attraktiv zu sein. Momentan ist in ganz Mitteleuropa ein Arbeitskräftemangel sichtbar. Das heißt, dass die Be-



„Es braucht mehr Druck“

25 Jahre Arbeitsförderungsinstitut: Wie das AFI den kleinen Leuten eine Stimme gegeben hat und für mehr Gerechtigkeit und ein leistbares Leben kämpft. Direktor **Stefan Perini** im Interview.

triebe nicht nur in Konkurrenz zum Nachbarn stehen, sondern auch zu ausländischen Mitbewerbern, wenn es darum geht, die besten Fachkräfte zu sichern. Südtirol muss als Arbeitsstandort attraktiver werden. Wir sind hinsichtlich Arbeit, Lohn, Karrieremöglichkeiten, Lebenshaltungskosten und Wohnkosten für Fachkräfte von außen nicht so attraktiv wie es notwendig wäre, um die Kontinuität unserer Wirtschaft zu sichern.

Wie mächtig ist die Wirtschaftslobby in Südtirol?

Weniger mächtig als sie sich fühlt. Ich bemängle den Reichtum an guten Ideen. Von den Wirtschaftsverbänden werden mit Bürokratie, Steuern, Fachkräftemangel immer dieselben Themen ins Feld geführt, ohne eine Bereitschaft zu zeigen, wirklich an sich etwas zu verändern – auch im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung.

Man merkt aber, dass die Wirtschaft mit ihren Interessen eine stärkere Durchschlagskraft hat. Haben die kleinen Leute im Gegen-



Stefan Perini

satz dazu eine zu kleine Stimme?

Das hängt auch mit der politischen Konstellation im Landtag und in der Landesregierung zusammen. Vor allem aber mit den Netzwerken, dem direkten Zugang, den die Wirtschaft zu politischen Vertretern hat. Man hat das Gefühl, dass es Arbeitnehmer- und soziale Organisationen schwieriger haben, bei den Politikern durchzudringen. Es gibt durchaus Kontakte mit der Politik, aber meist bleibt es dann bei irgend-

einem Papier, während den Wirtschaftsverbänden öfter der konkrete Durchbruch einer Maßnahme oder eines Beschlusses gelingt.

Welche Schwerpunkte setzt man für die nächsten Jahre?

Wir sind gerade in der Planungsphase. 2022 werden wir vier Schwerpunkte haben: Arbeitsbedingungen, Wohnen, Wohlfahrtsstaat und soziale Mobilität.

Glauben Sie, dass in Südtirol in absehbarer Zeit tatsächlich die Einkommen fairer verteilt sind, die Löhne den Lebenshaltungskosten angepasst werden und das Wohnen leistbarer wird?

In Bezug auf Löhne ist auch entscheidend, was auf gesamtstaatlicher Ebene im Hinblick auf die Einführung eines gesetzlichen Mindeststundenlohnes passiert. Sollte dieser kommen, würde das sehr viele Menschen aus Niedriglohnbranchen heben. Ich denke etwa an Reinigungsdienste und

„Man hat das Gefühl, dass es Arbeitnehmer- und soziale Organisationen schwieriger haben, bei den Politikern durchzudringen.“

Catering. Ein Mindestlohn würde eine positive Lohnspirale bilden und auch das Niveau bei anderen Löhnen heben. Das könnte eine Chance dafür sein, eine neue Saison der Lohnverhandlungen in Südtirol einzuläuten. Dabei müsste man die Bedürfnisse der Betriebe und die Notwendigkeiten der Arbeitnehmer optimal kombinieren, denn es steht in der Arbeitswelt ein großer Wandel an, wenn man an Digitalisierung, Automatisierung und neue Produktionsformen denkt. Dessen müsste man mit



Foto: Symbolfoto © 123RF.com

Leere Geldtasche:
Das AFI zeigt Probleme schonungslos auf

neuen Betriebsabkommen oder Landeszusatzverträgen gerecht werden – und gleichzeitig den Mitarbeitern einen angemessenen Lohn gewähren. Man muss von den Mitarbeitern hinsichtlich Weiterbildung und neuen Aufgaben auch etwas fordern können, um sich den Zeiten anzupassen. Das alles zu einem fairen Lohn.

Und ist leistbares Wohnen in absehbarer Zeit realistisch?

Dafür sind bestimmte Phänomene, die für ein geringeres Angebot am Wohnmarkt sorgen, einzugrenzen – etwa Leerstände, Zweitwohnungen und Airbnb-Vermietung –, sodass so viel Wohnraum wie möglich für den Grundwohnbedarf zur Verfügung steht. Nur durch eine Ausweitung des Angebotes würden die Preise sinken bzw. nicht mehr so stark steigen. Also: den Markt für den Erstwohnbedarf erweitern und den Wohnungsmarkt für alle anderen Zwecke limitieren. Wie geht das? Etwa indem man große Wohnungen teilt und einen Bonus dafür zahlt, indem man – wie die Landesregierung vorschlägt – Leerstand stärker besteuert und indem man in Gemeinden mit Wohnungsnot die Zweitwohnungen limitiert. Eine wichtige Maßnahme wäre auch die Erleichterung der Umwidmung von leeren Büro-, Handels- und Gewerbeflächen für den Wohnungsbau. Durch Homeoffice, verstärkten Online-Handel und ein Generationenproblem werden die Leerstände in den nächsten Jahren nämlich wohl größer. Man muss die Voraussetzungen schaffen, damit daraus Wohnungen werden können.

Interview: Heinrich Schwarz